



US-Präsident Donald Trump bevorzugt militärische und diplomatische Erfolge, die schnell, eindeutig und möglichst spektakulär ausfallen. Seine politische Rhetorik lebt von der Vorstellung entschlossener Führung und rascher Ergebnisse. Doch in mehreren internationalen Krisen zeigt sich inzwischen ein anderes Bild: Die anfänglichen Ankündigungen einfacher Lösungen sind einer deutlich komplexeren Realität gewichen.

Besonders sichtbar wird dies in den Konflikten in der Ukraine und im Gazastreifen. Auch im Umgang mit Iran zeichnet sich zunehmend ab, dass die von Trump erwarteten schnellen Durchbrüche ausbleiben könnten. Was zunächst als Gelegenheit erschien, langwierige Konflikte durch entschlossenes Handeln zu beenden, entwickelt sich zu einer Situation, in der die Vereinigten Staaten auf politische und strategische Grenzen ihrer Einflussmöglichkeiten stoßen.

Einige Beobachter sehen darin die Folgen einer Überdehnung amerikanischer Ambitionen. Andere argumentieren, dass dahinter ein grundlegendes Missverständnis über die Reichweite amerikanischer Macht steht. Die Vereinigten Staaten verfügen zweifellos über die stärksten Streitkräfte der Welt und sind in der Lage, militärische Ziele nahezu überall auf dem Globus mit hoher Präzision anzugreifen. Schwieriger wird es jedoch, wenn militärische Erfolge in stabile politische Ergebnisse umgewandelt werden sollen.

Ein enger Mitarbeiter Trumps brachte dieses Dilemma jüngst auf den Punkt. Die Zerstörung von Nuklearanlagen aus der Luft gehöre zu den Fähigkeiten, die die USA nahezu perfektioniert hätten. Die politische Entwicklung in Ländern wie Iran, Russland oder der Ukraine nachhaltig zu beeinflussen, sei dagegen wesentlich schwieriger. Militärische Macht kann Regierungen unter Druck setzen oder Infrastruktur zerstören. Sie kann jedoch selten die komplexen gesellschaftlichen, historischen und politischen Dynamiken eines Landes kontrollieren.

Gerade darin liegt eine der zentralen Herausforderungen amerikanischer Außenpolitik. Während militärische Operationen oft kurzfristig Wirkung zeigen, erfordern politische Lösungen Geduld, Verhandlungen und die Bereitschaft, mit widersprüchlichen Interessen umzugehen. Diese Prozesse verlaufen selten geradlinig und lassen sich kaum nach einem festen Zeitplan steuern.

Seit Trumps Rückkehr ins Weiße Haus waren die Vereinigten Staaten bereits an nahezu einem Dutzend militärischer Operationen weltweit beteiligt. Dies unterstreicht den anhaltenden Anspruch Washingtons, internationale Entwicklungen aktiv zu beeinflussen. Gleichzeitig zeigt die aktuelle Lage, dass selbst die mächtigste Nation der Welt nicht jede Krise nach ihren Vorstellungen gestalten kann.



Für Trump bedeutet dies den Übergang von der Phase schneller Ankündigungen in eine Phase des politischen Stillstands. Die eigentliche Bewährungsprobe beginnt dort, wo militärische Stärke allein nicht mehr ausreicht und dauerhafte Lösungen nur durch komplexe politische Prozesse erreicht werden können.

---

## **Chinas exportiert den Überwachungsstaat**

China hat in den vergangenen Jahrzehnten ein hochentwickeltes System gesellschaftlicher Kontrolle aufgebaut. Was lange als innenpolitisches Instrument galt, wird inzwischen zunehmend ins Ausland exportiert – mitsamt der dahinterstehenden Ideologie. Besonders in autoritär regierten oder politisch fragilen Staaten stößt Pekings Modell auf Interesse, weil es Regierungen dabei helfen kann, Stabilität zu sichern und politische Kontrolle auszubauen.

Ein Beispiel dafür sind die Salomonen im Pazifik. Nachdem es dort zu sozialen Spannungen und gewaltsamen Unruhen gekommen war, schloss die Regierung 2022 ein Sicherheitsabkommen mit China. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit wurden chinesische Polizeibeamte entsandt, um lokale Sicherheitskräfte zu unterstützen. In einem Dorf schlugen sie vor, von allen Bewohnern Fingerabdrücke und Handflächenabdrücke zu erfassen sowie umfangreiche persönliche Daten zu registrieren. Das Konzept orientierte sich am sogenannten „Fengqiao-Modell“, einer Überwachungs- und Kontrollstrategie aus der Mao-Zeit.

Unter Staats- und Parteichef Xi Jinping erlebt dieses Modell eine Renaissance. Es basiert auf der Idee, gesellschaftliche Konflikte möglichst früh zu erkennen und zu unterbinden. Nachbarn, lokale Funktionäre und Sicherheitsbehörden sollen eng zusammenarbeiten, um potenzielle Probleme bereits im Ansatz zu identifizieren. Kritiker sehen darin ein System gegenseitiger Überwachung, das nicht nur Kriminalität bekämpft, sondern auch politische Abweichungen unterdrückt.

In China selbst wird die Strategie durch moderne Technologie ergänzt. Millionen Überwachungskameras, oft mit Gesichtserkennung und künstlicher Intelligenz ausgestattet, erfassen Bewegungen im öffentlichen Raum. Hinzu kommen umfangreiche Datenbanken mit biometrischen Informationen wie DNA-Proben, Iris-Scans oder Sprachmustern. Besonders Minderheiten wie die Uiguren in der westchinesischen Region Xinjiang sind von diesen Maßnahmen betroffen.



Peking präsentiert dieses Sicherheitsmodell als Erfolgsrezept für öffentliche Ordnung. Tatsächlich weist China eine vergleichsweise niedrige Gewaltkriminalität auf. Menschenrechtsorganisationen und westliche Regierungen werfen dem Land jedoch vor, dieselben Instrumente zur Einschränkung von Freiheitsrechten und zur Unterdrückung politischer Opposition einzusetzen.

Der internationale Export dieses Ansatzes erfolgt nicht nur über Polizeiberater, sondern auch durch Ausbildung, Technologie und Ausrüstung. China hat in den vergangenen Jahren Hunderte Schulungsprogramme für Sicherheitskräfte aus zahlreichen Ländern organisiert. Zudem wurden Überwachungssysteme, Kameras und digitale Kontrolltechnologien an Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika geliefert.

Auf den Salomonen stieß der Versuch, das Fengqiao-Modell einzuführen, letztlich auf Widerstand. Politiker und Dorfvertreter kritisierten die geplante Datensammlung als Eingriff in lokale Traditionen und persönliche Freiheiten. Konflikte würden dort traditionell durch Dorfälteste und Gemeindeführer gelöst, nicht durch umfassende Überwachung. Nach öffentlicher Kritik wurde das Pilotprojekt gestoppt; biometrische Daten wurden nicht erhoben.

Der Vorfall zeigt die Grenzen von Chinas Sicherheitsdiplomatie. Während manche Regierungen Pekings Methoden als Mittel zur Stabilisierung ihrer Herrschaft betrachten, stoßen sie in vielen Gesellschaften auf Misstrauen. Die Debatte darüber, wie viel Sicherheit durch Überwachung gerechtfertigt werden kann, dürfte deshalb weit über die Salomonen hinaus an Bedeutung gewinnen.

---

## **WEITERE NACHRICHTEN**



- **Israel** hat die Kreuzfahrerburg **Beaufort** im Südlibanon eingenommen – im Rahmen seines umfangreichsten Militäreinsatzes im Land seit Jahrzehnten.
- Nach Angaben amerikanischer Behörden haben **US-Streitkräfte** in den vergangenen Wochen Dutzende Handelsschiffe durch die **Straße von Hormus** geleitet.
- Die Präsidentschaftswahl in **Kolumbien** ging gestern in eine Stichwahl. Ein Kandidat der extremen Rechten zog in die nächste Runde ein – ein mögliches Zeichen für einen weiteren Erfolg der rechten politischen Welle in Lateinamerika.
- Die **US-Kampagne** gegen Boote vor der Küste Südamerikas hat inzwischen mehr als 200 Menschen das Leben gekostet.
- Fünf Bergleute, die mehr als eine Woche in einer überfluteten Höhle in **Laos** eingeschlossen waren, konnten gerettet werden. Zwei weitere Männer werden weiterhin vermisst.
- In weiten Teilen des **Nahen Ostens** wurden die Feierlichkeiten zum Opferfest (**Eid al-Adha**) von Krieg und Konflikten überschattet.

Christine Macha